



Im Landkreis Gießen wird derzeit über eine intensivere Zusammenarbeit der Kommunen nachgedacht.

Symbolfoto: Foto: Underdogstudios - Fotolia

„Der Maßstab ist die Zufriedenheit der Bürger“

FUSION Verwaltungsexperte Claus Spandau reagiert auf wissenschaftliche Studien / „Schon Zusammenlegung der Gemeindekasse (...) bringt Einsparungen“

Von Gerhard Kaminski

REGION. In Anbetracht leerer Kassen und schwindenden Einwohnerzahlen sind Städte und Gemeinden gut beraten, verstärkt die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn zu suchen – bis hin zum Zusammenschluss zu einer neuen, größeren Kommune. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) heißt das Zauberwort, zu dem die Hessische Landesregierung Unterstützung bietet. Das 2009 eingerichtete Kompetenzzentrum (KIKZ) leitet Verwaltungsexperte Claus Spandau, der bis 2009 in Laubach Bürgermeister war und CDU-Mitglied ist.

Herr Spandau, im Vordergrund in der Diskussion um stärkere Zusammenarbeit zwischen Kommunen steht in der Regel die Frage nach den finanziellen Vorteilen, die sich erreichen lassen. Wissenschaftliche Studien dazu stellen fest, dass es nicht viel bringt. Wie beurteilen Sie das?

Ich halte den finanziellen Aspekt bei der IKZ, sei es bei der partiellen Zusammenlegung von Ämtern, der Gründung eines Gemeindeverwaltungsverbands (GVV) oder einer Fusion für einen ganz wesentlichen Punkt. Da kann ich die Professorenmeinung nicht teilen. Wenn wir uns überlegen, dass schon die Zusammenlegung der Gemeindekasse einer Kommune mit einer oder mehreren anderen Kommunen mindestens 15 Prozent an Einsparungen bringt, dann bringt es noch viel mehr, wenn ich ganze Verwaltungen zusammenführe.

Als optimale Größe für eine Kommune wird immer wieder mit Bezug zu einer Feststellung des Hessischen Rechnungshofs die Einwohnerzahl von 8000 genannt. Ist jetzt allen hessischen Gemeinden zu empfehlen, diese Größe zu erreichen?

Der Rechnungshof hat mittlerweile eingeräumt, dass das so nicht gemeint war. Als Grenze für einen Zu-

sammenschluss von Kommunen sollte man die Einwohnerzahl von 7500 im Blick haben. Ab dieser Schwelle bekommen Kommunen zusätzliche Verwaltungsaufgaben, beispielsweise als Straßenverkehrsbehörde, aber auch eine bessere Finanzausstattung durch den kommunalen Finanzausgleich. Zu bedenken ist, dass bei kleinen Kommunen nicht immer zwei Partner genügen, um diese Einwohnerzahl zu erreichen. Je mehr Gemeinden jedoch unter einen Hut zu bringen sind, desto schwieriger gestaltet sich erfahrungsgemäß die Diskussion um die Zusammenarbeit. Zur Zeit geht es in Hessen vor allem um Konstellationen, in denen zwei Kommunen zusammengehen wollen.

Ein erheblicher Kostenfaktor sind die Personalkosten. Gut nachvollziehbar ist die einmalige Einsparung von hauptamtlichen Bürgermeisterstellen, in der neuen Stadt Oberzent beispielsweise gibt es nur noch einen statt der bisherigen vier Bürgermeister. Aber für das Verwaltungspersonal werden Beschäftigungsgarantien vereinbart. Das klingt nicht nach dauerhaften Einsparmöglichkeiten.

Es gibt in der Tat solche Garantien. Aber es wird die gesamte Verwaltung neu organisiert. Dabei stellt sich heraus, dass ich mehr Personal habe, als ich in der neuen Struktur brauche. Kündigungen sind ausgeschlossen. Dennoch lassen sich die nötigen Veränderungen über die normale Fluktuation regeln, über das altersmäßige Ausscheiden oder wenn Mitarbeiter Stellen wechseln. So kann ich den Stellenkörper verschlanken. Das ist ein wichtiger Punkt, der aber auch für die „normale“ IKZ, also

unterhalb der Schwelle der Fusion gilt.

So lassen sich die Personalkosten in der genannten Dimension von 15 Prozent verringern?

Unsere Förderprogramme verlangen, dass bei den verschiedenen Projekten zur IKZ bei jedem Prozess 15 Prozent Kosten eingespart werden müssen. Das wird überprüft, spätestens nach fünf Jahren. Solange gelten die Vereinbarungen, die wir dazu abschließen.

Die Kommunalverwaltung wird kostengünstiger, bietet dem Bürger aber denselben Service?

In kleinen Verwaltungen gibt es vier oder fünf Mitarbeiter, die für ein breites Gebiet an Dienstleistungen zuständig sind. Nach einem Zusammenschluss kann der einzelne Mitarbeiter sich auf weniger Aufgaben konzentrieren und diese besser erledigen. Die Qualität der erbrachten Dienstleistung steigt. Das kann man nicht direkt messen. Der Maßstab ist die Zufriedenheit der Bürger.

Stichwort: Zufriedenheit der Bürger. Diese fürchten nach einer Fusion weitere Wege zum Rathaus.

Das kann sein, muss aber nicht sein. Vermutlich werden die Rathäuser erhalten bleiben, möglicherweise mit einer neuen Struktur, zum Beispiel eins mit den technischen Dienstleistungen und das andere mit den finanziellen beziehungsweise Haushalts-Bereichen. Das muss man anhand der jeweiligen Situation sehen. Auch hier bietet sich die Möglichkeit zu mehr Bürgerservice, beispielsweise durch die Schaffung eines Bürgerbüros, das ohnehin jede Kommune haben sollte. Das ist natürlich ein Kostenfaktor. Andererseits geht die gesellschaftliche Entwicklung zu immer mehr Nutzung elektronischer Medien. Schriftverkehr findet über E-Mail statt, Zahlungen werden bargeldlos geleistet. Ältere Menschen nutzen das heute noch nicht so häufig, deshalb ist eine Zahlstelle im Rathaus weiter nötig,

aber wie lange, das so bleiben wird, muss sich zeigen.

Wie begründet ist die Befürchtung der kleineren Kommune in der Zusammenarbeit mit einer größeren unter die Räder zu kommen?

Die Gefahr besteht grundsätzlich. Um zu guten Lösungen zu kommen, sehe ich vor allem die Wählergruppen und Parteien in der Verantwortung. Sie müssen dafür sorgen, dass bei der Listenaufstellung für die Kommunalwahlen auch aus den kleineren Orten Vertreter weiter oben auf die Listen kommen. Dann können sie die Interessen ihres Ortes in der Gemeindevertretung zur Geltung bringen.

Gemeinefusionen bringen nicht die gewünschten Einsparungen, sorgen aber für politische Probleme, wie zurückgehende Wahlbeteiligung und Stärkung populistischer Strömungen, haben die Wirtschaftswissenschaftler Sebastian Blasse und Felix Rösel festgestellt. Was halten Sie dem entgegen?

Die Studie hat Fusionen untersucht, die durch Gesetz entstanden sind, vor allem in der Schweiz, aber auch in ostdeutschen Bundesländern. Diese Reformen wurden von oben übergestülpt. Davon unterscheidet sich der Weg, der jetzt beispielsweise in Oberzent, aber auch in Kirtorf/Antriftal eingeschlagen wurde, wo die Zusammenarbeit aus eigenem Antrieb angegangen wird.

Die Wissenschaftler empfehlen zunächst auf kleine Formen der IKZ zu setzen. Dabei wird übersehen, dass diese für einzelne Aufgabenbereiche nicht gelingen kann. Wird beispielsweise die Gemeindekasse zusammengelegt, bedeutet dies bei kleinen Verwaltungen, dass ein Mitarbeiter jetzt diese Geschäfte für zwei Kommunen regelt. Gleichzeitig bleiben ihm aber auch alle anderen sachgebietsfremden Aufgaben erhalten. Er wird also Schwierigkeiten haben, das alles zu erledigen. So kann IKZ nicht gelingen. Da fehlt den Wissenschaftlern der Praxisbezug.

Können kleine Kommunen ihre Aufgaben gar nicht mehr allein erfüllen? Ist die Fusion unvermeidbar?

Es ist schon erstaunlich, wie gut die kleineren Gemeinden die zunehmende Fülle an Aufgaben erledigen. Der demografische Wandel, der wachsende Einfluss der EU-Politik auf die kommunale Ebene und eine problematische Finanzausstattung stellen sie vor große Herausforderungen. Es sind in Hessen bereits Verbesserungen des kommunalen Finanzausgleichs auf den Weg gebracht worden. Das Land selbst hat sich eine Schuldenbremse auferlegt. Ich bin sicher, dass sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht viel tun wird. Insofern sind diese gut beraten, selbst aktiv zu werden. Es ist schon anerkennenswert, wenn Kommunen wie Kirtorf und Antriftal versuchen, sich deutlich besser aufzustellen.

Wenn Sie Kommunalpolitikern, die sich schon mit dem Thema IKZ beziehungsweise Fusion beschäftigen, eine Empfehlung geben: Was ist der zentrale Punkt, der zu beachten ist?

Es ist ganz wichtig, den Bürger mitzunehmen. Er muss informiert werden und auf seine Sorgen muss eingegangen werden. Das ist in Oberzent, aber bisher auch in Kirtorf/Antriftal gut gemacht worden.

Foto: Spandau

HINTERGRUND

► Im Landkreis Gießen gibt es neben interkommunaler Zusammenarbeit bei den Kassen, den Standesämtern oder im Tourismus drei weitergehende Fälle. Lich und Laubach haben einen Gemeindeverwaltungsverband gegründet. Heuchelheim und Wetttenberg streben diesen an. Das bedeutet am Schluss eine gemeinsame Verwaltung. Rabenau und Allendorf/Lda. wollen ihre Kassen zusammenlegen. Es wird aber auch über weitergehende Zusammenarbeit nachgedacht. (vb)